

Protokolleintrag vom 06.06.2012

2012/229

Einzelinitiative von Eugen Fischer vom 30.05.2012: Bürgerlich direkte Demokratie vs. Parteienhoheit

Von Eugen Fischer, Glattalstrasse 69, 8052 Zürich, ist am 30. Mai 2012 folgende Einzelinitiative eingereicht worden:

Seit einigen Jahren stellt man fest, dass die Bedürfnisse nur aus Sicht der Parteien verstanden und dementsprechend auch gehandelt wurden. Die Frage stellt sich hinsichtlich, wie gut ist die direkte Demokratie unter dem Aspekt einer freien und demokratischen Ordnung auch mit den Bürgern und mit der urbanen Bevölkerung, noch vereinbar.

Antrag für die Einzelinitiative:

Es ist zu prüfen und öffentlich allenfalls sei eine Diskussion zu ergründen, in wie weit Belange der Bürger und Bürgerinnen, und der urbanen Bevölkerung, einfließen können, oder ist das heutige System einschliesslich auf die Voten und der Hoheit der Parteien ausgerichtet. Sind die Interessen der Bürgerinnen somit permanent ausser Kraft, und werden diese aus Sicht dem Recht der Menschenwürde, und der Bundesverfassung nicht mehr garantiert. Soll das Parlament als Diktat gegenüber den Bürgern einschliesslich vorhanden sein! Ergänzend soll dies klar und unmissverständlich in der Gemeindeverordnung definiert werden.

Begründung der Einzelinitiative:

Im Stadtzürcherischen Parlament so!! eindeutig und unmissverständlich die Frage der Mitbestimmung der Bürger und Bürgerinnen geregelt werden. Es ist auch unmissverständlich zu klären wer das Sagen für die weltweiten und urbanen Bedürfnisse inne haben soll, damit den Bürgern auch unmissverständlich die direkte Demokratie vor Augen gehalten und definiert sei. In der Stadt Zürich soll eindeutig eine Regelung getroffen werden wer das Sagen im Parlament inne haben soll, und ob ein Mitspracherecht in der Gemeindeverfassung Gemeindeverordnung auf Interesse der Bürgerinnen eingegangen werden soll, damit der urbanen Gesellschaft Rechnung getragen werden muss.

Ich bitte die Räteinnen der Einzelinitiative entsprechenden Respekt, und dem Schutz der Schweizerischen, wie auch der zürcherischen Kultur entgegen zu bringen, und die Einzelinitiative den Weg zu den gesetzlichen Bestimmungen/Gesetzen positiv zu einer Umsetzung zu bringen.

Mitteilung an den Stadtrat